

Die Frage des Geldwertes.

Ministerpräsident Dr. Wekerle über die Verbesserung der Valuta.

Von unserem Korrespondenten.

Budapest, 9. September.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle hat kurz nach seinem Amtsantritt in der „Neuen Freien Presse“ erklärt, daß er als die dringlichste Aufgabe der Regierung die Verbesserung der Valuta betrachte und daß er nach dieser Richtung hin unverzüglich an die Verwirklichung praktischer Maßnahmen zu schreiten gedenke. In der gemeinsamen Ministerkonferenz, die in der Vorwoche unter dem Vorsitz des gemeinsamen Finanzministers Baron Burian in Wien stattfand, wurden die einzelnen Maßnahmen, die auf die Verbesserung unserer Zahlungsmittel im Auslande abzielen, eingehend durchberaten. In dem samstägigen Ministerrate in Budapest fand der in Wien begonnene Gedankenaustausch seine Fortsetzung.

Ministerpräsident Wekerle hatte die Liebenswürdigkeit, Ihren Korrespondenten nach dem Ministerrate zu empfangen und ihm bemerkenswerte Einzelheiten über diese hochbedeutenden Beratungen in Wien und in Budapest mitzuteilen. Der ungarische Ministerpräsident beherrscht diese Materie in ihren großen Richtlinien ebenso wie in den geringsten Details. Besonders warme Worte der Wertschätzung hat der Ministerpräsident Wekerle für die Tätigkeit seines Finanzministers Dr. Gustav Graz, der in den Wiener Beratungen durch seine Sachkenntnis und durch seine Vertiefung in die Materie allgemeine Anerkennung gefunden. Nach dem Ausscheiden des Finanzministers Dr. Gustav Graz, der bekanntlich, wie es schon bei seiner Ernennung festgesetzt war, in das Ministerium des Äußern zurückkehrt, wird Ministerpräsident Wekerle eine Zeitlang selbst das Finanzportefeuille leiten, bis ihn der Gouverneur der Oesterreichisch-ungarischen Bank Geheimrat Alexander Popovics endgültig ablösen wird.

Ministerpräsident Dr. Wekerle äußerte sich über die Valutafrage folgendermaßen:

Der Stand unserer Valuta im internationalen Zahlungsverkehr ist ein derartiger, daß jeder Regierung die dringende Pflicht obliegt, nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel und Kräfte schaffend einzugreifen. Es handelt sich vor allem darum, Fehler der Vergangenheit gutzumachen, neue Mittel und Wege zu finden, um einer weiteren Abbröckelung vorzubeugen, ferner Maßnahmen zu treffen, um den Wert unseres Geldes im Auslandsverkehr zu verbessern. Viele kleinere Staaten haben eine bessere Valuta als wir, obwohl sich dies weder theoretisch noch praktisch begründen ließe. Meiner Ansicht nach ist auch die Relation zwischen dem Werte unseres Geldes und dem Geldwert in den von uns besetzten Gebieten Rumänien und Serbien zu unserem Nachteil festgesetzt worden. Die Hauptursache unserer verschlechterten Valuta erblicke ich in unserer passiven Handelsbilanz dem Auslande gegenüber und in der immer mehr überhandnehmenden Geldplethora im Inlande. Sowohl nach der einen wie nach der anderen Seite hin sollen in der allernächsten Zeit wirksame Maßnahmen getroffen werden. Wir werden zur Verbesserung unserer Handelsbilanz alles anbieten, um den Import auf ein Minimum zu beschränken und andererseits unsere exportfähigen Produkte, soweit dies ohne Gefährdung der Kriegsinteressen möglich ist, auch wirklich nach dem Auslande zu verkaufen trachten. In den Beratungen, die wir mit den österreichischen Ministern pflogen, wurde eine Liste von etwa 50 solcher Artikel zusammengestellt, die wir exportieren können. In dieser Liste fungieren an erster Stelle Wein, Holz, Gerbstoffe, Zement usw. Wir werden den Export dieser Artikel aus valutarischen Gesichtspunkten fördern und erleichtern. Ich bin der Ansicht, daß auf der ganzen Linie sofort praktisch gearbeitet werden muß, damit sich jene Summe von Wirkungen ergebe, die dann direkt den Stand unserer Valuta günstig beeinflussen wird. Kein Posten darf uns zu gering dünken. Die Ver-

handlungen nach dieser Richtung werden zwischen den beiden Regierungen unentwegt aufrechterhalten werden.

Die zweite, vielleicht kompliziertere Maßregel ist der Kampf gegen die durch die Kriegswirtschaft hervorgerufene Ueberfülle des Bargeldes. Das Problem besteht darin, einerseits die weitere Ausgabe von Bargeld soweit als nur möglich einzuschränken, zweitens von den vorhandenen Geldmitteln ohne Schädigung des wirtschaftlichen Organismus möglichst große Summen aus dem Verkehr zu ziehen. Hierzu erscheint vor allem die Annahme innerer Anleihen als geeignet. Wenn hierbei auch durch Lombardierungen wieder neues Bargeld flüssig wird, so ist doch der Stock der aufgefogenen Geldmittel so bedeutend, daß er erheblich in die Wagschale fällt. Eine wichtige Rolle bei der von der Regierung geplanten Aktion zur allmählichen Behebung der Geldfülle kommt dem Gebaren des Kriegsministeriums zu. Es ist die Anregung aufgetaucht — und hierbei kommt dem Finanzminister Doktor Gustav Graz ein Verdienst zu — daß das Kriegsministerium die ungeheuren Zahlungen, die es zu leisten hat, in Form von Kassenscheinen erlege, daß der Kriegsminister die den verschiedenen Heereslieferanten und Kriegsindustriellen gewährten Vorschüsse restringiert, beziehungsweise einzieht, daß er überflüssige Warenbestände an die Volkswirtschaft abgibt. Der Vorteil der Zahlung in Kassenscheinen ergibt sich von selbst. Was die Vorschüsse betrifft, welche verschiedene Heereslieferanten und Industrielle vom Kriegsministerium genießen, so beläuft sich deren Summe auf etwa zwei Milliarden.

Bezüglich der dritten angedeuteten Maßnahme, die die Verwertung von überflüssigen, beziehungsweise überschüssigen Materialien und Waren betrifft, sei betont, daß es sich auch hier um Summen handelt, die in hunderte Millionen gehen. Die Volkswirtschaft wird diese Maßnahmen auch deshalb begrüßen, weil sie die neuen Materialien, die ihr zur Verfügung gestellt werden, bei dem gegenwärtigen Mangel an Waren und Produkten aller Art wertschaffend fruktifizieren können. Durch die Abgabe eines Postens von 300.000 Pferden werden beispielsweise nicht nur hunderte Millionen Kronen erspart, sondern gleich zeitig der Wirtschaft neue Werte zur Verfügung gestellt werden. Das Kriegsinteresse darf bei diesen Aktionen natürlich in keiner Weise geschädigt werden. Es handelt sich bloß um die Durchführung eines Sparsamkeitssystems, das eben eine der wirksamsten Waffen im Kampf gegen die Geldplethora ist. Durch die Abgabe von überschüssigen Warenbeständen schafft sich die Kriegsverwaltung noch weitere Erleichterungen, indem sie die Kosten der Aufbewahrung, beziehungsweise der Pflege und der Erhaltung erspart.

Ein einschlägiges Problem, das uns beschäftigt, dessen Durchführung aber vorläufig auf große Schwierigkeiten stößt, ist die Ausdehnung des Zahlungssystems in Kassenscheinen auf die ganze Verwaltung. Wenn sich hier ein Modus finden ließe, wäre dem Ueberhandnehmen des Geldes ein weiterer Riegel vorgehoben.

Ein weiteres Mittel unserer Aktion ist das Zusammenschreiben unserer Besitzstände an auswärtigen Effekten. Auf der Suche nach Zahlungsmitteln, die im Auslande vorteilhaft angewendet werden können, sind wir naturgemäß bei diesem Posten angelangt. Die Ausarbeitung dieser Materie haben wir der österreichisch-ungarischen Notenbank übertragen, welche diese Arbeit pögleich in Angriff genommen hat. Freilich setzt sich der größte Teil unseres ausländischen Effektenbesitzes aus französischen, englischen und amerikanischen Werten zusammen. Aber auch die Werte aus den übrigen Staaten ergeben eine respektable Summe. Die Gesamtsumme unseres ausländischen Effektenbesitzes erreicht eine überraschende Höhe, die sich nur durch Milliardenziffern ausdrücken läßt.

Das sind die Probleme, mit denen wir uns zurzeit befassen. Sie sind wichtiger als sie scheinen. Die Wirksamkeit unserer Maßnahmen wird sich in der Praxis unfehlbar zeigen.“

Auf die Frage über den Zusammentritt der Delegationen sagte Ministerpräsident Wekerle:

„Wir hoffen, daß die Delegationen in der zweiten Hälfte des Monats Dezember werden zusammentreten können.“

Ueber das Schicksal des Ausgleiches zwischen Oesterreich und Ungarn erklärte der Ministerpräsident:

„Das Schicksal des wirtschaftlichen Ausgleiches zwischen Oesterreich und Ungarn hängt zum guten Teile auch von der Gestaltung der parlamentarischen Verhältnisse in Oesterreich ab. Die Lösung durch ein Provisorium erscheint in den Bereich der Möglichkeit gerückt.“

Ueber die Handelsvertragsverhandlungen mit dem Deutschen Reiche sagte der Ministerpräsident:

„Die Verhandlungen mit Deutschland finden in der zweiten Hälfte September in Budapest ihre Fortsetzung.“